Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

4.3.1864 (No. 54)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 4. März.

Nr. 54.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

≅ **Frankfurt**, 3. März. Bundestags-Sitzung. Weder die großmächtlichen Anträge bezüglich des Oberbefehls über die Exekutionstruppen in Holstein, noch die Gegenanträge anderer Regierungen auf Heranziehung anderer Bundeskontingente haben die Majorität erhalten. Alles wurde an die Ausschüsse verwiesen.

Hannover beantragte die Stellung einer vierzehntägigen Frist an Dänemark zur Herausgabe der mit Embargo belegten deutschen Schiffe, unter Androhung eines Bundeskrieges. Abstimmung in acht Tagen.

Rendsburg, 1. März. (W. T.-B.) Die hier stationirten hannover'schen Pionniere sollen in Glückstadt Schanzen aufwerfen. Als Grund ist anzunehmen, der „Niels-Juel" wolle die Elbe blokiren.

Kiel, 2. März. (W. T.-B.) Die Bürgerdeputirten überschickten den Bundeskommissären eine Eingabe, welche schleunige Einberufung der holsteinischen Stände als durchaus nothwendig darstellt.

Brüssel, 3. März. (Sch. M.) Gestern wurde die Kammer wieder eröffnet. Die Regierung gab die Erklärung ab: Bei der Verwerfung der Budgetvorlagen oder irgend anderer Maßregeln werde sie provisorische Kredite fordern. Der König ist auf seiner Reise nach London in Calais eingetroffen.

Korfu, 2. März. (Sch. M.) Das österreichische Kanonenboot „Velebich" hat einen mit Kaffee beladenen dänischen Kauffahrer weggenommen und ließ denselben in Kephalonia.

Deutschland.

Frankfurt, 2. März. Der beim Bunde von Sachsen und Württemberg eingebrachte Antrag auf Einberufung der holsteinischen Stände lautet nach der Hamburger „Börs.-Halle":

Die Bundeskommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg haben unter dem 26./28. Januar hoher Bundesversammlung angezeigt, daß die Konvokation der holsteinischen Stände bei ihnen schon zu verschiedenen Zeiten und von mehreren Seiten in Anregung gebracht worden sei, ohne daß sie ihrerseits darauf einzugehen zur Zeit hinreichende Veranlassung hätten finden können. Gegenwärtig hätte aber auch die Landesregierung, gestützt auf die Dringlichkeit, mehrere wichtige Landesangelegenheiten zur Erledigung zu bringen, die Zusammenberufung der Stände in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, wie sie aus den vor mehreren Jahren auf Grund des jetzt noch giltigen Wahlgesetzes vorgenommenen Wahlen hervorgegangen ist, amtlich und dringend beantragt. Die HH. Bundeskommissäre bestätigen nicht nur in diesem Berichte, daß dringende Angelegenheiten der Landesverwaltung vorliegen, wozu namentlich die Verordnung über die Kompetenz und die instruktionsmäßige Wirksamkeit der Regierung in Kiel, erner die Verordnung über die Zolllinie an der Eider, sowie einzelne finanzielle Angelegenheiten bezüglich der Universität Kiel und anderer Anstalten gehörten, sondern haben auch neuerdings mit Bericht vom 13./16. d. M. darauf hingewiesen, daß das Budget für das mit dem 1. April d. J. beginnende Finanzjahr den Ständen vorzulegen sei. Sie wünschen die Zustimmung hoher Bundesversammlung zu der von ihnen beabsichtigten Einberufung der holsteinischen Stände. Da nun durch die über ein Bundesland verhängte Exekution dessen Verfassung keineswegs suspendirt wird, und eine solche Suspendirung auch gewiß nicht in der Absicht hoher Bundesversammlung liegen kann, so hat auch das Herzogthum Holstein Anspruch auf die allseitige Ausführung seiner Verfassung, und mithin auf die verfassungsmäßige Thätigkeit seiner Stände. Die k. Regierungen von Sachsen und Württemberg, welche aus diesem Grunde und unter den von den HH. Bundeskommissären angezeigten Umständen dafür halten, daß die Einberufung der holsteinischen Stände allerdings geboten sein möchte, stellen daher den Antrag: Hohe Bundesversammlung wolle den Bundeskommissären für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ihre Zustimmung zu der von ihnen beabsichtigten Einberufung der holsteinischen Stände zu erkennen geben. Zugleich sind die Gesandten angewiesen worden, hiemit den fernern Antrag zu verbinden: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen, die Abstimmung über diesen Antrag demnächst, ohne vorhergehende Verweisung an den Ausschuß, stattfinden zu lassen.

Würzburg, 1. März. Die „N. Würzb. Ztg." versichert, daß die Festungen in Bayern armirt und verproviantirt werden. Die diesfälligen Arbeiten würden mit größtem Nachdruck betrieben.

Kassel, 1. März. Man schreibt dem „Frkf. Journ.": „Alles deutet darauf hin, daß man nun entschlossen sei, im engsten Anschluß an die Großmächte zu handeln, und es muß abgewartet werden, ob die Hoffnungen, welche man an die übrigens sehr bestimmten Erklärungen des Hrn. Abée in der Erbfolge-Frage knüpfen zu können glaubte, sich erfüllen werden. Der Umstand, daß man erst einen Antrag auf Beschleunigung stellte, und kurz darauf einem Antrag auf Verzögerung um vier Wochen zustimmte, ist zu sprechend, als daß man bestimmte Erwartungen von der kurhessischen Politik hegen dürfte."

Dresden, 26. Febr. (Nat.-Ztg.) Der erste Transport österreichischer Verwundeten, 200 Mann zählend, traf heute Nachmittag gegen 4 Uhr von Berlin hier ein. Die Vorbereitungen zur Aufnahme waren in umfänglichster Weise getroffen und einige Stunden vor Ankunft derselben von König Johann in Begleitung des österreichischen Gesandten und einiger höhern Stabsoffiziere inspizirt worden. Auf dem Perron des Bahnhofes erwarteten Kriegsminister v. Rabenhorst nebst vielen andern sächsischen und österreichischen Stabsoffizieren, worunter auch Fürst Schwarzenberg, die Ankommenden. Samstag Vormittag 10 Uhr geht der Zug weiter nach den Gütern des Fürsten Schwarzenberg, der diesen ersten Transport auf eigene Kosten in Verpflegung nimmt.

Dresden, 1. März. Das „Dresd. Journ." erklärt das Zeitungsgerücht, die Kostbarkeiten des Grünen Gewölbes, sowie der Staatsschatz seien nach der Festung Königstein gebracht worden, für unbegründet. — Die Zweite Kammer berieth heute über den Bericht der 2. Deputation zu Abtheilung I. des Ausgabebudgets, die Beiträge zu den Ausgaben des Deutschen Bundes betreffend, und wurden die postulirten 35,000 Thlr. bewilligt. Einem Antrag der Deputation, die Regierung möge beim Bund dahin wirken, daß Rendsburg zur Bundesfestung erklärt werde, trat die Kammer gegen 3 Stimmen bei. Beim Beginn der Debatte drückte die Kammer den Bundeskommissären und dem Oberkommandirenden der Bundestruppen in Holstein für deren Pflichterfüllung ihre besondere Anerkennung durch Erhebung von den Sitzen aus.

Hannover, 1. März. (Fr. J.) Die Wahl des ständischen Schleswig-Holstein-Ausschusses fiel heute in Zweiter Kammer auf die HH. R. v. Bennigsen, Justizminister Windthorst, Albrecht, Obergerichtsdirektor Neuß, Landrath Neubourg, Gutsbesitzer Kröncke und Oberappellationsrath Meyer. — Erste Kammer schloß sich dem Votum der Zweiten Kammer in der v. d. Horst'schen Wahlangelegenheit mit einer Redaktionsveränderung an. — Heute erschien hier die erste Nummer der konservativen „Deutschen Nordsee-Zeitung."

Oldenburg, 29. Febr. Eine offiziöse Feder nimmt in der „Weser-Ztg." das Verhalten der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage wie folgt in Schutz:

So häufig und allgemein auch bei uns der Wunsch laut geworden und ohne Zweifel nächstens auch ein wiederholter Antrag des Landtags zu erwarten ist, daß nach dem Vorgange so mancher deutschen Regierungen auch die hiesige Regierung die Anerkennung des Herzogs Friedrich von Augustenburg aussprechen möge, so glauben wir doch nicht, daß dieselbe aus ihrer bisherigen Zurückhaltung eher hervortreten werde, als bis die Frage am Bundestage zur Abstimmung gelangt. Wir beklagen dies, aber wir achten von vorn herein die Gründe dieser Zurückhaltung, ohne sie zu kennen, falls überall für jene reservirte Haltung andere Gründe vorhanden sein sollten, als daß der korrekte Weg einzuhalten und erst nach Prüfung des in der Erbfolge-Frage noch rückständigen Bundesausschuß-Berichts das Votum abzugeben sei. Wer, wie auswärts hin und wieder insinuirt wird, die Zurückhaltung unserer Regierung darin finden wollte, daß der Großherzog selbst Erbansprüche an die Herzogthümer Schleswig-Holstein erhebe, der braucht nur einen flüchtigen Blick in die hier in Betracht kommenden Successionsverhältnisse zu werfen, um sofort zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß von allen den zahlreichen, an sich erbberechtigten Linien des Oldenburger Gesammthauses die hier regierende jüngere holstein-gottorpische Linie zu allerletzt an die Reihe kommen würde. Wenn aber in allerneuester Zeit ein angeblich in diplomatischen Kreisen aufgetauchtes Projekt durch die Presse kolportirt wird, nach welchem unser Großherzog die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Augustenburg oder gar Preußen das Großherzogthum Oldenburg erhalten solle, und wenn das zu einer Zeit geschieht, wo schon Konferenzen der Großmächte in naher Aussicht stehen, welche die Unveränderlichkeit des Territorialbestandes der dänischen Gesammtmonarchie zum Ausgangspunkt nehmen, so würde man ein solches Projekt mit Lächeln aufnehmen können, wenn die Zeit danach angethan wäre. Die Erfinder solcher Luftgespinnste sind vielleicht in den Reihen Derer zu suchen, die von Anfang an den nationalen Bestrebungen entgegenarbeiteten und mit solcher Ausstreuung einen Zwiespalt zu erregen gedenken. Hier ist man nicht sehr davon alarmirt worden.

Hamburg, 1. März. Man telegraphirt der Wiener „Presse": „Die in Kiel stattgehabte Huldigung durch die schleswig'sche Deputation veranlaßte, daß der preußische Befehlshaber den Herzog Friedrich von Augustenburg zum Domizilwechsel aufforderte, da sonst die Intervention der deutschen Großmächte gegen Dänemark mißdeutet werden könnte."

Hamburg, 1. März. Der „Hamb. Börs.-Halle" wird aus Flensburg vom gestrigen Tage, Nachmittags, gemeldet: In den Düppeler Schanzen sind Verstärkungen der Infanterie und zwei Feldbatterien angekommen. Die Dänen verstärken Alsen stark längs Alsensund. Wetter milde.

Hamburg, 1. März. (Nat.-Ztg.) Der bisherige hanseatische Ministerresident in Kopenhagen, Dr. Krüger, ist vorgestern nach Frankfurt a. M. abgereist, um an des hieher zurückkehrenden Senators Dr. Rücker Stelle den hanseatischen Gesandtschaftsposten beim Bundestage zu übernehmen. Dr. Krüger war früher Advokat in seiner Vaterstadt Lübeck.

Altona, 1. März. Die „Alton. Nachr." melden aus Schleswig vom gestrigen Tage: In Folge der Aufforderung des Komitee's, die im Stadtgebiet liegende Schanze zur Demolirung zu übernehmen und die Lizitationssumme den Wittwen der Alliirten zu überweisen, begaben sich fast sämmtliche Bürger mit Schaufeln und Hacken, von der österreichischen Militärmusik geführt, nach Bustorf, um die Ackerschanze dem Erdboden gleich zu machen.

Kiel, 1. März. (Hamb. Börsenh.) Gestern setzten zwei Gerüchte die Stadt in nicht geringe Aufregung. Aus dem zum Zweck der Anfertigung von Uniformen für die schleswig-holsteinische Armee eingerichteten Lokale waren die Stoffe und Utensilien gestern Morgen plötzlich weggeschafft worden, und zugleich hieß es, daß die Bürgerwache, welche in der Wohnung des Herzogs Friedrich seit seinem Einzug eingerichtet ist, aufgehoben sei. Die Veranlassung wurde bald aus Frankfurt kommend, bald als von der preußischen Kommandantur ausgehend bezeichnet. Das erste Faktum ist nun allerdings richtig, der Grund desselben ist aber, sicherm Vernehmen nach, kein politischer, sondern ein lediglich praktischer; dagegen ist die herzogliche Wache keineswegs aufgehoben, sondern besteht nach wie vor. Die Willigkeit, mit welcher dergleichen Gerüchten Gehör geliehen wird, gibt einen Beweis für das Mißtrauen, welches, aus der Vergangenheit stammend, die Gemüther in Aufregung erhält.

Flensburg, 28. Febr. (Köln. Ztg.) Sie können sich nicht mehr nach Nachrichten vom Kriegsschauplatz sehnen, als wir, die wir in unmittelbarer Nähe sind und von einem Tage zum andern fragen, wann die Aktion gegen Düppel beginnen wird. Die erste Ursache der Verzögerung, welcher jetzt so viele verschiedene Gründe untergelegt werden, war die Meinungsverschiedenheit Preußens und Oesterreichs über die Maßregeln, welche nach der Besetzung Flensburgs einzuhalten sein möchten. Feldmarschall v. Wrangel wollte Jütland besetzen und sich für jedes gekaperte Schiff revengiren; Oesterreich wollte vorläufig bloß das ganze Herzogthum Schleswig, also auch Alsen, okkupiren, weil es befürchtete, daß die Besetzung Jütlands zu einem auswärtigen Kriege führen könne. Es dauerte begreiflich einige Zeit, bis die Kabinette sich dahin verständigt hatten, daß vorläufig von der Okkupation Jütlands abgestanden werden solle, und bis der Angriffsplan auf Alsen entworfen und genehmigt wurde. Da aber zur Ausführung dieses Planes das Aufwerfen von Schanzen nothwendig ist, welche nicht nur das feindliche Feuer aushalten können, sondern für die eigenen Geschütze feste Bettungen zulassen, der Erdboden aber bisher 1½ Fuß tief gefroren war, so mußte auch diese Arbeit vorläufig verschoben werden, bis milderes Wetter eintrat. Der Frost ist gewichen, warme Westwinde wehen über das Land und die Straßen sind knietief aufgeweicht; aber es fehlt noch an schwerem Belagerungsgeschütz. Auf Alsen liegen gegenwärtig nur noch sechs Regimenter.

Hadersleben, 28. Febr. (Köln. Ztg.) Von Kolding wie von Düppel ist gleich wenig Neues zu melden. Die Dänen vermeiden es, von Friedericia aus die Preußen zu reizen; es ist eine Art stillschweigender Demarkationslinie gezogen, welche die beiderseitigen Patrouillen nicht überschreiten, so daß nicht einmal die unter derartigen Verhältnissen beinahe unvermeidlichen kleinen Zusammenstöße vorkommen. Dänische Deserteure treffen ziemlich häufig ein, und alle sagen einstimmig aus, daß ihre Truppen schlecht verpflegt würden und sehr unregelmäßig ihren Sold erhalten. Vor Düppel beginnen die schweren Geschütze einzutreffen, und es dürfte dort — trotz der Konferenzen — in wenigen Tagen zu ernstlichen Aktionen kommen. Die preußischen Truppen ertragen die Strapazen der engen Kantonnirung und des schlechten Wetters, sowie jene des anstrengenden Vorpostendienstes mit seltener Ausdauer. — Gestern wurde bei Hoptrup der junge Husarenkorporal Hegedis in Folge kriegsrechtlichen Urtheils wegen qualifizirten Raubes erschossen. Er ging gefaßt und reuig dem Tod entgegen und verbrachte seine letzte Nacht im Gespräch mit dem Regimentspater. Auf dem Weg zum Richtplatz rauchte er seine Cigarre und wählte sich den Unteroffizier, der ihm die Augen verbinden sollte; dann ließ er sich auf ein Knie nieder und kommandirte selbst „Feuer!" Drei Jägerkugeln trafen ihn mitten ins Herz und sein Tod erfolgte augenblicklich. Er hatte, wenn auch nicht in der Absicht, zu tödten, seine Pistole auf Bauersleute abgefeuert, die sich weigerten, ihm ihr Geld auszuliefern. Je seltener einzelne Ausschreitungen dieser Art in einer Armee sind, wie dies in höchstem Grade beim österreichischen Korps der Fall ist, desto strenger müssen sie geahndet werden.

Aus den Rheinlanden und Westphalen sind bis jetzt 20,000 Thlr. für die Verwundeten der Verbündeten beim Feldmarschall Wrangel eingelaufen, der angeordnet hat, daß je zwei Fünftel davon dem Korps des Prinzen Friedrich Karl und dem österreichischen Korps und ein Fünftel der Garde zur Vertheilung zugewiesen werden sollen. Die direkt bei den Spitälern einlaufenden Spenden von Geld und Gegenständen sind in obiger Summe nicht einbegriffen. Nach einem beiläufigen Ueberschlag dürften, die bereits eingegangenen Gelder als Berechtigungsgrundlage angenommen, auf jeden schwer Verwundeten beider Armeen mindestens 4- bis 500 Thlr. entfallen. Daraus läßt sich entnehmen, zu welchen großartigen Proportionen sich die allgemeine Theilnahme für die kämpfen-

den Truppen aufgeschwungen hat. Auch für die Adoptivkinder des F.M.L. Gablenz laufen aus den Rheinlanden zahlreiche Gaben ein.

Gestern hat sich ein jütländischer Bauernsohn bei den Vorposten in der Absicht gemeldet, in den österreichischen Jägertruppen als Freiwilliger zu dienen, deren Siege ihn, wie er sagt, mit Enthusiasmus erfüllt haben. Nachdem man sich die Gewißheit verschafft hatte, daß er keine Nebenabsichten damit erreichen will, dürfte seinem Wunsch entsprochen werden, indeß aus Vorsicht bei einem in der Monarchie stehenden Jagerbataillone. Oesterreichischer Wein wird in großen Quantitäten der Armee zugeführt, die (jeder Mann bekommt einen Schoppen per Tag und bei schweren Anstrengungen einen Extratrunk) ihn dem Branntwein vorzieht. Für das Aerar kommt bei der Billigkeit der Weine außerdem eine kleine Ersparniß dabei heraus, wie mir wenigstens versichert wird.

Heute erwartet man im preußischen Hauptquartier wichtige Nachrichten aus Berlin. Der Feldmarschall soll verlangt haben, entweder zum Vormarsch nach Jütland autorisirt zu werden, oder die Ermächtigung zur Verlegung der Garde und der österreichischen Korps in ausgedehntere Kantonnements zu erhalten, da die gegenwärtige enge Dislokation an der jütländischen Grenze für den Gesundheitszustand der Truppen bald nachtheilig werden würde. Diese Zerstreuung seiner Streitkräfte erklärt der Feldmarschall jedoch nur unter der Bedingung eintreten lassen zu können, wenn die Dänen sich zur Respektirung der Grenze verpflichteten. Es scheint, daß die Entscheidung auf Belassung in den gegenwärtigen Verhältnissen lauten wird.

Die Zivilkommissäre haben bekanntlich die Verordnung erlassen, daß im Kirchengebet die Fürbitte für den König (von Dänemark) und sein Haus wegzulassen sei. Dies bringt die Herrenhuter in Christiansfeld in ein schlimmes Dilemma und bedroht die Kolonie, in welcher die deutsche Partei die intelligente Minorität bildet, mit förmlicher Spaltung. Eine Abänderung des Kirchengebetes ist bei den Herrenhutern nur in Folge eines Synodalbeschlusses möglich. Die überwiegende Stimmenmehrheit der sehr fanatischen dänischen Partei würde sich gegen die Weglassung aussprechen, und den deutschen Herrenhutern bliebe nichts übrig, als sich dem Ausspruch der Mehrheit zu fügen, oder sich von der dänischen Gemeinde zu trennen, wodurch die „Brüdergemeinde" in einen ernstlichen Zerfall geriethe. Die deutschen Herrenhuter hoffen deßhalb, daß mit Rücksicht auf ihre Ausnahmestellung und ihr Privilegium, welches ihnen eine vollständige Autonomie in ihren kirchlichen Angelegenheiten zusichert, die Zivilkommissäre, um den Frieden der Gemeinde zu retten, bei ihnen nicht auf der Umänderung des Kirchengebetes bestehen werden.

Alnoer, 28. Febr. (Nat.-Ztg.) Die Vorpostenneckereien einzeln zu rubriziren, würde zu weit führen. Zu Dutzenden kommen sie von den einzelnen Feldwachen täglich vor, und ganz tollkühne Streiche werden zum öftern von unsern, trotz allen Beschwerden immer lustigen Jungen ausgeführt, die über nichts ergrimmter als darüber sind, daß die „verdammten Danske's" im offenen Felde gar nicht Stand halten wollen. Die Inseldänen fürchten die Gefangenschaft und wollen vor den Schanzen gar nicht mehr Posten stehen; die Schleswig-Holsteiner wieder gehen zu den Preußen über. Ungefähr 10 Gefangene pro Tag ist die Durchschnittszahl, die täglich von den Patrouillen eingebracht wird. Ein Borsig'scher Maschinenbauer, jetzt Unteroffizier im 60. Regiment, brachte mit seiner aus 6 Mann bestehenden Patrouille neulich allein 9 Gefangene (und nicht etwa Schleswig-Holsteiner in dänischem Dienste!) ein. Indessen sind die Dänen vielfach mit Erdarbeiten beschäftigt. Ziemlich deutlich ist es bemerkbar, daß noch eine Flügelschanze auf dem linken Flügel ihrer Düppeler Position angelegt wird. Auch scheinen sie einen Uebergang bei Sandberg zu fürchten, da sie dieser Ortschaft gegenüber auf Alsen rastlos schanzen.

Berlin, 29. Febr. Dem Vernehmen nach geht heute das Belagerungsgeschütz, aus 40 Stück bestehend, nach Schleswig ab. — Die „N. Pr. Ztg." schreibt: „Das Verfahren in Bezug auf den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864 ist, wie wir hören, Seitens der Regierung nun festgestellt. Es kommt nach demselben auch die Gehaltszulage der Vizepräsidenten und vortragenden Räthe in den Ministerien, der Kreisrichter 2c. zur Auszahlung. In Bezug auf die geheimen Polizei- und die Preßfonds, sowie rücksichtlich des Militäretats wird die Regierung natürlich nach ihren Erklärungen im Landtag verfahren."

Berlin, 2. März. Der „Staatsanz." schreibt:

Gestern Nachmittag fand ein kleines Rekognoszirungsgefecht gegen Rackebüll statt. Drei Kompagnien vom Infanterieregiment Nr. 53 und eine Kompagnie westphälischer Jäger waren dabei engagirt. Rackebüll wurde verbarrikadirt gefunden. Leutnant Vetter vom 53. Regiment ward schwer verwundet; im Uebrigen kein Verlust.

Man erwartet vor Düppel täglich die Ankunft von preußischen gezogenen 24-Pfündern und Bombenmörsern.

Wie die „Zeidler. Korresp." hört, steht eine Einigung über den Einmarsch der alliirten Truppen in Jütland zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien nahe bevor.

Posen, 29. Febr. (Fr. P.-Ztg.) Wie so eben bekannt wird, ist endlich die Anklageakte gegen die des Hochverraths beschuldigten Polen, und zwar erst in ihrem Haupttheile, dem Anklagesenat des Kammergerichts für Staatsverbrechen überreicht worden. Wie verlautet, werden dadurch achtzig Personen betroffen, die in der Mehrzahl von der Staatsanwaltschaft des „vollendeten Hochverraths" angeschuldigt werden; gegen die Minderheit lautet die Anklage auf „Vorbereitung hochverrätherischer Handlungen". Die Erledigung der noch zu erwartenden Nachträge, die Berathungen des Anklagesenats, und die Uebertragung der umfangreichen Anklageschrift in die polnische Sprache werden, wie man vernimmt, jedenfalls noch so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß die mündliche Hauptverhandlung nicht vor dem Monat Juni statthaben kann.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 29. Febr. (Presse.) Die Kundmachung des Statthalters Grafen Mensdorff vom 27. d. über die Verhängung des Belagerungszustandes in Galizien und Krakau verordnet: Die Zivilbehörden sind dem kommandirenden General unterstellt. Die Militärgerichte haben in allen Instanzen nach dem mit dem bezüglichen Zivilstrafgesetze übereinstimmenden Militärstrafgesetze und der Militär-Strafprozeßordnung zu entscheiden: über Verbrechen des Hochverraths, der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung der Mitglieder des allerh. Kaiserhauses, des Aufstands, des Aufruhrs, des Mords, der öffentlichen Gewaltthätigkeit, nach §. 76—100 des Zivilstrafgesetzes; über Vorschubleistung §. 214—219 C. S. G., dann über mehrere die öffentliche Ordnung verletzende Vergehen und Uebertretungen; endlich über Preßgesetz-Uebertretungen. Der kommandirende General ist ermächtigt, besondere Anordnungen über Arreststrafen bis zu einem Jahr zu erlassen, aber auch Strafen zu mildern und gänzlich nachzusehen. Er ist berechtigt, das Erscheinen periodischer Druckschriften einzustellen, einzelne Druckschriften für den Umfang des Landes zu verbieten, das Erscheinen neuer periodischen Druckschriften zu bewilligen oder zu verweigern. Das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechts ist suspendirt.

Italien.

Turin, 28. Febr. (Köln. Ztg.) Es macht sich in Regierungskreisen ein gewisser Rückschlag bemerkbar, der, wie es scheint, von Weisungen her datirt, die neuerdings aus Paris hier eingegangen sind. Indessen auch die Aktionspartei scheint unangenehm überrascht zu sein von dem verfrühten Auftreten der Revolution in Galizien, welche die gehofften Erfolge auf der andern Seite der Alpen völlig in Frage stellen dürfte. In Turin ist man nicht mehr im Zweifel darüber, daß man auf eigene Faust gegen Oesterreich nicht vorgehen dürfe, wollte man nicht einem zweiten Novara entgegensehen. Dazu kommt die Aufregung, die in Piemont sowohl wie in Sicilien die etwas verfrühte Einreihung der Nationalgarde hervorgerufen, die man sich umsonst bemüht hat, als rein administrative Maßregel darzustellen. — In der Deputirtenkammer kann Minghetti wohl nunmehr auf einen Sieg in der Grundsteuer-Frage rechnen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 2. März. Der „Constitutionnel" ist geneigt, die Version der „Indep. belge" zu theilen, wonach die Konferenzidee in Wien zur Welt kam und an England nur Unterstützung fand.

Preußen — sagt Hr. P. Limayrac — hatte einen doppelten Zweck, als es sich so leicht in den Krieg warf: erstens den, durch die äußern Angelegenheiten den innern Kampf gegen die parlamentarische Gewalt zu erleichtern, und dann, der Nothwendigkeit, sich durch die Herzogthümer zu vergrößern, zu genügen. Oesterreich dagegen ist in einer ganz verschiedenen Lage. Oesterreich hat im Innern keine jener Ruhestörungen und Wirren, welche einen natürlichen Ausgang im Kriege finden. Im Gegentheil, die Schwierigkeiten, welche es mit seinen Völkerschaften verschiedener Abstammung zu bekämpfen hat, sind von denjenigen, welche eine gute Regierung, eine kluge Verwaltung und insbesondere der Friede lösen kann. Oesterreich wünscht und braucht weder Eroberung noch Annexion. Außerdem sind die österr. Finanzen nicht mehr in der traurigen Lage wie vor einigen Jahren; aber sie sind noch nicht auf dem Punkte, unnütze Ausgaben zu erwarten. Auch sind Oesterreichs Staatsmänner zu hellsehend, um nicht die Gefahren zu erkennen, durch welche es sich durch Ausdehnung des Nationalitätsprinzips, für welches es in diesem Augenblick kämpft, bedroht sehen würde.... Oesterreich aber — schließt Hr. Limayrac — hatte auf der andern Seite seine Stellung und seinen Einfluß in Deutschland zu schonen und schob deßhalb England vor, welches die Initiative bereitwilligst annahm.

In Uebereinstimmung mit den gestern mitgetheilten Schlußworten der Rede des Hrn. v. Lesseps theilte Nubar Pascha Hrn. Drouyn de Lhuys mit, daß der Vizekönig den Kaiser bitte, Schiedsrichter zu sein in den Streitigkeiten zwischen ihm, dem Vizekönig, und der Suezkanal-Gesellschaft. Der Kaiser nahm dieses Schiedsrichter-Amt an und wird nun eine Kommission ernennen, deren Bericht dem kaiserl. Urtheil als Grundlage dienen soll. — Morgen findet auf Kosten der Zivilliste die Bestattungsfeier des Senators Pietri statt; die Leiche wird nach Corsica gebracht. — Dem Staatsrath liegt ein Gesetzentwurf wegen Freigebung der Apotheken vor.

Ueber die Börse ist nichts zu sagen, als daß durch irgend ein Kunststücklein des Vendomeplatzes der Report für Cred. Mob. von 5 Fr. heute auf 25 Cent. fiel. Die Kurse bleiben unverändert.

Spanien.

* **Madrid,** 1. März. Die Zeitungen melden, daß das neue Kabinet, welches sich gebildet hat, heute den Eid leisten wird. Es ist folgendermaßen zusammengesetzt: Die HH. Mon, Ministerpräsident ohne Portefeuille; Pacheco, Staatsminister; Mayans, Justizminister; Marahesi, Krieg; Salaverria, Finanzen; Canovas, Inneres; Pareja, Marine; Lopez Balesteros, öffentliche Arbeiten, und Ulloa, Kolonien.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Febr. Rücksichtlich der für die südlicheren Bezirke Jütlands und für das Herzogthum Schleswig ausgeschriebenen Wahlen zu dem dänisch-schleswig'schen Reichsrath ist jetzt die königl. Anordnung getroffen worden, daß es dem Finanzministerium „wegen der durch die unerwartet eingetretenen Zustände unmöglich gemachten Vorbereitungen" gestattet sein soll, die Wahl je nach den Umständen ausführen zu lassen. Auf die dänischen Inseln findet der betreffende Erlaß selbstverständlich keine Anwendung. Der Exminister Hall wird auf den Wunsch der Einwohnerschaft in dem nahen Frederiksberger Distrikt als Kandidat auftreten. — Aus Fridericia wird berichtet, daß fast sämmtliche Weiber und Kinder die Festung verlassen haben und unter Mitführung ihrer Habseligkeiten nach der Insel Fühnen geflüchtet sind. Uebrigens glaubt man nicht allein in Jütland, sondern auch in der Hauptstadt an ein baldiges Vorrücken der deutschen Truppen gegen Fridericia; man sieht dies als eine unvermeidliche Wirkung der neuesten kriegerischen Reichstags-Adresse an. So vermuthet man hier, obwohl jetzt sogar die amtliche „Berlingske Tidende" zum Verdruß der leidenschaftlicheren Eiderdänen, speziell „Dagbladets", schwedische Zeitungsberichte in extenso wiedergibt, welche die Schwäche der schwedischen Sympathien für die dänische Sache bezeugen. — Die Kriegsschiffe „Thetis" und „Najadan" werden eiligst ausgerüstet, um für die bevorstehende Blokade verwendet zu werden.

Kopenhagen, 27. Febr. (Nat.-Ztg.) Die neuesten offiziellen Berichte vom Kriegsschauplatz enthalten nichts Neues, außer etwa der folgenden Notiz vom 27.: „Der „Rolf Krake", welcher auf Befehl im innern Theile des Wenningbond eine Rekognoszirung auszuführen hatte, hat sich der Küste bis auf 1200 Ellen genähert. Es wurde nicht auf das Fahrzeug gefeuert." In einem Briefe der „Berlingske Tidende" aus Fridericia heißt es: „Die ganze Stadt ist in eine Kaserne verwandelt; täglich treffen Verwundete ein, und die Rechtspflege, sowie fast alle bürgerlichen Verhältnisse sind suspendirt, wie auch Schulen, Hospitäler und Gefängnisse entleert worden sind." — Aufsehen macht hier eine gerichtliche Untersuchung, welche das Justizministerium gegen eine Anzahl jüngerer Bürger einleiten läßt, weil dieselben der Militärpflicht als Reservisten sich dadurch entzogen, daß sie aus umliegenden Ortschaften schleunigst in die Hauptstadt zogen, hier einen Bürgerbrief lösten und sich eben so schleunig der Kopenhagener Bürgergarde einreihen ließen.

Hamburg, 1. März, Abends. (Presse.) Die vom dänischen König am 27. v. ertheilte Antwort nach Empfang der Reichstags-Adresse lautet wörtlich:

Mein treuer Reichstag! Ich danke euch für eure Meinungsäußerung. Ich vertraue auf euch, auf mein treues dänisches Volk. Ich will fest stehen und bis zum Aeußersten ausharren; ich will Alles thun, um einen Frieden zu erlangen, mit welchem Dänemark gedient sein kann. Ich will nicht die Aufhebung der bestehenden politischen Verbindung zwischen dem Königreich und Schleswig. Ich will ein freier König sein über ein freies Volk. Frei ist nur der König, wenn das Land selbständig ist; frei ist nur das Volk, wenn der verfassungsmäßige Zustand bewahrt und entwickelt wird. Ich hoffe zum gnädigen Gott, daß man einstmals auf mein Grabmal wird setzen können: „Kein Herz schlug treuer für Dänemark!" Gott sei mit euch!

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Febr. Der „Dziennik" theilt mit, daß am 21. d. der revolutionäre Stadtchef, sowie zehn seiner Gehilfen verhaftet worden, und daß sie fast alle ein vollständiges Bekenntniß abgelegt hätten. Ferner werden in der letzten Nummer des „Dziennik" wieder vier kriegsgerichtliche Exekutionen in verschiedenen Orten aufgeführt; die in den letzten Tagen vorgenommenen Exekutionen belaufen sich auf einige zwanzig.

Warschau, 29. Febr. (Dresd. J.) Eine Insurgentenabtheilung, welche einige Häuser von Opatoff in Brand gesteckt hatte, wurde aus dieser Stadt vertrieben, hierauf geschlagen und durch den General Tschengeri in die Gebirge vom heiligen Kreuz zerstreut. Der Chef dieser Bande, Topor, wurde gefangen und gehängt; 300 Gefangene wurden nach Kielce abgeführt. Mehrere Truppendetachements verfolgen die Fliehenden nach verschiedenen Richtungen hin.

Großbritannien.

* **London,** 1. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses fragte der Marquis v. Westneath mit Rücksicht auf den eben geschlossenen Pariser Attentatsprozeß, ob die Regierung, wofern sie moralisch überzeugt wäre, daß die Verschwörer von Mazzini oder irgend einer andern in England lebenden Person unterstützt worden seien, auf Grund der Fremdenakte die Macht zum Einschreiten habe.

Earl Russell: Ich stimme zwar mit dem edeln Marquis vollkommen überein, daß Jeder, der sich zur Ermordung des Kaisers der Franzosen in eine Verschwörung einläßt, eines verabscheuenswürdigen Verbrechens schuldig ist; doch habe ich kein Recht zu sagen, daß Sgr. Mazzini oder irgend ein anderes in diesem Lande lebendes Individuum sich dieses Verbrechens schuldig gemacht habe. Ich besitze keine derartige Beweise, und da ich auf Grundlage der Fremdenakte keine Macht besitze, wie der edle Marquis glaubt, kann ich ihm nur erwiedern, daß ich in dieser Angelegenheit keine Schritte thun werde.

Unterhaus. Auf eine Interpellation von Dalglish, ob die Regierung ein für Dänemark gebautes, in Mitte voriger Woche im Clyde vom Stapel gelassenes Panzerschiff ebenso, wie früher die amerikanischen Widderschiffe, mit Beschlag belegen werde, erwiedert Layard, der dänische Gesandte habe dem auswärt. Amt vor längerer Zeit die Anzeige gemacht, daß ein Kriegsschiff für Dänemark im Clyde gebaut werde; um jedoch der Regierung keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, wolle er die Ausrüstung desselben sofort inhibiren. Die Schiffbauer-Firma habe darauf Vorstellungen gemacht, wie sehr sie dadurch in Schaden komme, wenn das Fahrzeug unvollendet ihren Werftenraum in Anspruch nehme. Worauf Lord Russell dem dänischen Gesandten bedeutete, er wolle das Vomstapellaufen nicht hindern, wenn der Gesandte sein Wort verpfänden wolle, daß das Schiff nicht aus dem Clyde auslaufen werde. Nachdem der Gesandte darein gewilligt, sei das Schiff vollendet worden, bleibe aber im Hafen liegen. Mr. Layard schließt diese seine Erklärung mit einigen anerkennenden Worten für die Loyalität und ehrenhafte Haltung des dänischen Gesandten.

Die offene Anklage, welche im Pariser Kriminal-Gerichtshof gegen das Parlamentsmitglied Stansfeld (er ist als einer der Admiralitätslords jetzt Mitglied der Regierung), als Helfershelfer Mazzini's, erhoben worden war, veranlaßt Hrn. Cox, das genannte Mitglied um eine Erklärung hierüber zu ersuchen. — Stansfeld weist mit großer Entrüstung die Verdächtigungen zurück, die gegen ihn erhoben worden sind. Es sei unter seiner Würde, erst zu versichern, daß er einen Mordversuch nie und nimmermehr unmittelbar oder mittelbar fördern werde. Aber auch Mazzini, den er seit 18 Jahren kenne, und der

schändlicher verleumdet worden sei als irgend ein Mensch auf Erden, werde nie die Hand zu einem so scheußlichen Verbrechen bieten. Daß sein Name ohne irgend welche Rechtfertigung mit der letzten Mordverschwörung in Verbindung gebracht worden sei, würde sich bei einer unparteiischen Untersuchung rasch herausstellen. (Beifall.) — Hennessy: Mazzini selber sei schuld, wenn der gegen ihn geschleuderte Verdacht Glauben finde. Habe er doch den Verschwörer Greco einen „enthusiastischen Patrioten" genannt, und auf dieses Zeugniß hin lasse sich doch nicht gut annehmen, daß Greco ein Werkzeug der französischen Polizei sei. Es wäre wünschenswerth, zu erfahren, ob wirklich zur Durchführung des Mordversuchs in England Geld gesammelt worden sei, ob Flower und Mazzini dieselbe Person seien, und ob Mr. Stansfeld sich bei den angeblichen Geldsammlungen betheiligt habe. — Stansfeld erwiedert, er sei wohl ein Freund Mazzini's, wisse aber nichts von einem Hrn. Flower, und habe sich nie bei Geldsammlungen für italienische Patrioten als Komiteemitglied oder Sekretär betheiligt.

Nachdem dieses Intermezzo erledigt ist, erhebt sich Disraeli, um, wie er sagt, sich von der Regierung Aufklärung über ihre kontinentale Politik zu erbitten. (Hört, hört!) Es sei, sagt er, dem Ministerium angeblich gelungen, eine Konferenz über den deutsch-dänischen Streit zu Stande zu bringen. Nun müsse er selber gestehen, daß er kein großes Zutrauen in Konferenzen habe, die pendente lite geführt werden. In zehn Fällen hätten sie mindestens neunmal zu keinem Resultate geführt. So, um das neueste Beispiel der Geschichte anzuführen, die Wiener Konferenzen von vor neun Jahren, auf welchen der gegenwärtige Minister des Aeußern eine so überaus klägliche Rolle gespielt habe. Ungewitzigt durch diese Erfahrung, sei Lord Russell abermals mit Konferenzanträgen hervorgetreten. Zuerst in einer Depesche an die französische Regierung im September vorigen Jahres. Und was habe Minister Drouyn de Lhuys darauf geantwortet? Er habe darauf geantwortet (die betreffenden Noten stehen im neuen dänischen Blaubuche), daß derartige Vorschläge zu Konferenzen und identischen Noten recht hübsch lauten, aber Frankreich habe nicht Lust, seine Würde abermals wie bei den polnischen Unterhandlungen preiszugeben, und der Kaiser sei entschlossen, sich von jeder Einmischung fern zu halten, wofern die englische Regierung sich nicht erkläre, ob sie im Fall des Fehlschlagens ihrer gemeinsamen Vorstellungen weitere Schritte thun und zur Aktion übergehen wolle. Gestützt auf diese Erklärung des französischen Ministers, erlaube er (Disraeli) sich vor allem Andern die Anfrage, ob die jetzige Zustimmung Frankreichs zu Konferenzen sich daraus erklären lasse, daß Lord Russell nun doch eine Aktion zugesagt habe. Und wenn Dem so sei, welche Aktion? In welcher Richtung? Und zu welchem Zweck? Höre man den Premier sprechen, so sei Niemand für die Integrität Dänemarks günstiger gestimmt als Oesterreich und Preußen, und werde besagte Integrität die Basis der angestrebten Konferenz abgeben. Leider nur werde die „Integrität und Unabhängigkeit" Dänemarks gar verschieden aufgefaßt, und zu besorgen sei, daß, wenn die Konferenzen zu keinem Resultat führen, Frankreich am Ende Herr der Situation bleiben werde, in welchem Fall es nicht unmöglich wäre, daß alte Rheinbunds-Gedanken und Grenzrektifikations-Gelüste wieder auftauchen. Dies seien nichts weniger als tröstliche Aussichten. Sollte aber Jemand die Opposition fragen, ob sie etwa gesonnen sei, für Dänemarks Unabhängigkeit Krieg zu führen, so müsse er darauf erwiedern, daß die Opposition darauf die Antwort schuldig bleiben müsse, da sie die Verpflichtungen nicht kenne, welche die Regierung eingegangen ist. (Beifall links.) So viel aber lasse sich jetzt schon behaupten, daß die Unabhängigkeit Dänemarks nie bedroht worden wäre, hätte sich die Regierung standhaft, rücksichtsvoll, verständig und offen benommen. Mit Recht müsse man daher von der Regierung verlangen, daß sie dem Hause Aufschluß gebe über die Verpflichtungen, wohl zu merken, über die geheimen Verpflichtungen, die sie Dänemark gegenüber übernommen habe. Denn gerade über diesen Punkt finde sich in dem Wust vorgelegter Aktenstücke keine Spur. Und eben so wenig lasse sich aus denselben entnehmen, ob die Regierung der französischen gegenüber Bedingungen eingegangen sei, oder ob Frankreich mit ungebundener Hand den Konferenzen beitrete. (Lauter Beifall links.)

Lord Palmerston entgegnet, des ehrenwerthen Vorredners größte Kunst bestehe, wie männiglich bekannt, in Angriffen auf Abwesende (Heiterkeit), doch darüber sei nichts weiter bemerkt. Der ehrenwerthe Herr habe die Lage des Ministeriums als eine unglückselige geschildert, und scheine zu bedauern, daß die Leitung der Geschäfte sich nicht in seinen und seiner Freunde Händen befinde, in welchem Fall es viel besser um England stünde. Viel besser wahrlich! Denn seiner (Disraeli's) Meinung nach hätte sich England um Polens willen in einen Krieg einlassen sollen, weil Frankreich dazu bereit war, und in einen Krieg für Dänemark mit Preußen und Oesterreich ebenfalls Frankreich zu Liebe. Da möge man denn doch getrost im ganzen Lande herumfragen, ob dies die gewünschte Politik sei. Die Antwort werde gewiß zu Gunsten der jetzigen Regierung ausfallen. Außerdem klage der ehrenwerthe Herr, die Regierung halte mit Dokumenten zurück, und dann wieder, daß er aus den 800 Folioseiten, die vorgelegt worden, nicht klar werden könne. Gegen solche Vorwürfe freilich sei schwer anzukämpfen. Es gebe nun einmal Köpfe, die sich mit oder ohne Aktenvorlage in großen Fragen nicht zurechtfinden können. (Heiterkeit.) Noch sei die Vorlage nicht vollständig. Bis morgen werde diesem Uebelstande abgeholfen sein, und er rathe daher, mit Urtheilen noch zu warten. Die Gerechtigkeit aber werde man der Regierung angedeihen lassen, daß sie von Anfang bis zu Ende bemüht war, Zwistigkeiten zu schlichten, widersprechende Ansichten zu versöhnen, und eine Frage, welche Europa mit einem Krieg bedrohte, in friedlicher Weise zu schlichten. Habe der ehrenwerthe Herr die Depeschen erst vollständig durchstudirt, dann werde er auch hoffentlich ein milderes Urtheil über die Regierung fällen. (Beifall.)

S. Fitzgerald vertheidigt Hrn. Disraeli gegen die Beschuldigung Lord Palmerston's, daß er seine Angriffe am liebsten gegen Abwesende richte; denn dem Unterhaus müsse es doch freigestellt bleiben, den Minister des Auswärtigen anzugreifen, auch wenn dieser als Peer im Oberhaus sitze. Die Regierung möge erklären, auf welche Bedingungen hin Dänemark zur Konferenz geladen worden sei. Ob von Preußen und Oesterreich eine bestimmte Konferenzbasis vorgeschlagen worden? Ob endlich die Regierung von diesen Konferenzen wirklich eine friedliche Lösung erwarte, oder ob sie sich einer neuen Erniedrigung auszusetzen gedenke? Die Opposition sei nicht minder friedliebend, als die Regierung; diese sei es, welche durch den Mangel einer bestimmten Politik das Land an den Abgrund des Kriegs geführt habe.

Da Niemand von der Regierung weiter antwortet, geht das Haus zur Tagesordnung über und bewilligt einzelne Posten des Flottenbudgets.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 3. März. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann; Ministerialrath Walli, Finanzrath Eisenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung wird eine Bitte sämmtlicher Gemeinden des Amtsbezirks Walldürn um Abänderung des Bürgerrechts-Gesetzes angezeigt.

Auf Antrag des Abg. Schaaff wird die für die Eisenbahn von Dinglingen nach Lahr niedergesetzte Kommission, welche zugleich über alle Eisenbahn-Fragen berichten soll, um 4 Mitglieder zu verstärken beschlossen.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Poppen erstatteten Berichts über die vergleichenden Darstellungen der Rechnungsergebnisse mit den Budgetsätzen 1860/61, Finanzministerium. Tit. I. Kameraldomänen-Verwaltung. Die Summe der Einnahme mit 2,764,709 fl. 39 kr. wird nach einigen kurzen Bemerkungen, die sich auf den Erwerb von Liegenschaften durch den Staat, ferner auf die Erhöhung des Betriebsfonds der ärarischen Brauerei Rothhaus beziehen, nach dem Kommissionsantrag genehmigt, ebenso die Ausgaben im ordentlichen Etat mit 1,518,875 fl. 44 kr., im außerordentlichen Etat mit 14,745 fl. 11 kr., zus. 1,533,620 fl. 55 kr.

Tit. II. Forstdomänen-Verwaltung.

Abg. Kimmig richtet, vom Abg. Moll unterstützt, an die großh. Regierung die Bitte, bei den Forstkassen Erleichterungen bezüglich der Annahme von Zahlungen, die blos in gewissen Münzsorten erfolgen dürfen, eintreten zu lassen.

Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Vogelmann, bemerkt, daß Erleichterungen bereits bestehen, und, soweit möglich, weiter eintreten sollen.

Die Gesammteinnahme mit 4,701,259 fl. 35 kr., die Gesammtausgabe mit 1,647,953 fl. 39 kr. werden nach dem Kommissionsantrage für gerechtfertigt erklärt.

Tit. III. Berg- und Hüttenverwaltung.

Die Kommission bemerkt hiebei:

„Die Ergebnisse der ärarischen Berg- und Hüttenverwaltungen, schon seit längerer Zeit nicht eben der Glanzpunkt unseres Staatshaushalts, haben in der Budgetperiode 1860/61 eine ganz entschieden unerfreuliche Wendung genommen durch die Thatsache, daß der früher, wenn auch in den bescheidensten Schranken sich bewegende Reinertrag nun ganz verschwunden und ein beträchtliches Defizit an dessen Stelle getreten ist, und es vermag dieser Thatsache gegenüber die Hinweisung auf das Vorhandensein eines vermehrten Bestandes an — unverwertheten — Naturalvorräthen nur geringen Trost zu gewähren.

Die vorliegenden Ergebnisse und die völlige Aussichtslosigkeit auf eine entsprechende Besserung der ökonomischen Zustände unserer ärarischen Eisenwerke haben denn auch, wie wir aus dem Budget für 1864/65 ersehen, den Entschluß des gänzlichen Aufgebens derselben zur Reife gebracht, und es kann sich Ihre Kommission jetzt schon mit diesem Vorhaben nur einverstanden erklären.

Schon in der Budgetperiode 1860/61 war der Betrieb ein wesentlich beschränkter. Den geschwächten Betriebseinnahmen stehen mindere Ausgaben gegenüber. Wenn letztere nicht im gleichen Verhältniß reduzirt werden konnten, so darf die Schuld hieran, neben der besondern Ungunst der Konjunkturen, eben dem Umstande beigemessen werden, daß ein Theil des Aufwandes, unabhängig von der Ausdehnung oder Einschränkung des Betriebs, eine gewisse Höhe behauptet, und die Einschränkung der Ausgaben, da, wo sie möglich ist, den verminderten Einnahmen nicht proportional zu folgen vermag."

Die Gesammteinnahme mit 1,393,387 fl. 54 kr. wird ohne Diskussion für gerechtfertigt erklärt.

Die Einbuße am Betrieb der Hüttenwerke beziffert sich pro 1860/61 auf beiläufig 127,147 fl.

Die Kommission kann den Entschluß der großh. Regierung, endlich die Staats-Eisenwerke aufzugeben, nur als gerechtfertigt und geboten ansehen und stellt in dieser Voraussetzung den Antrag, die Gesammtausgabe mit 1,606,774 fl. 44 kr. für unbeanstandet zu erklären, welchem Antrag die Kammer nach kurzer Besprechung beitritt.

Schluß der Sitzung.

† Karlsruhe, 3. März. 7. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 5. März, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Kommission, betreffend Ergänzung und Erläuterung der deutschen Wechselordnung, erstattet vom Geheimenrath Dr. Bluntschli. 4) Berathung des Berichts der Budgetkommission, die Rechnungsnachweisungen der Postverwaltung, der Eisenbahn-Betriebsverwaltung, und über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn für die Jahre 1860 und 1861 betreffend, erstattet von dem Abg. Dennig.

†† Karlsruhe, 3. März. 17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 5. März, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts des Abg. Gschrey über die Rechnung der Zweiten Kammer der Landstände während des Landtags 1861/63. 3) Verstärkung der Kommission für den Gesetzentwurf, den Bau einer Eisenbahn von Dinglingen nach Lahr betreffend.

Baden.

Konstanz, 2. März. Es verdient wohl als ein seltener Fall bemerkt zu werden, daß der Untersee von der Reichenau ab von den ersten Tagen des Jahres an bis in den März seine tragbare Eisdecke behält, so daß es am letzten Sonntag noch ziemlich lebhaft darauf zuging. Das Schönste bei diesem „eisigen" Vergnügen war, daß es stattfand beim schönsten Sonnenschein und in einer Temperatur, welche auf dem festen Boden allen Schnee und Eis bereits hat schwinden machen. — Die Eisenbahn-Frage wegen der Verbindung Rorschach-Konstanz hat den ganzen Thurgau und die Nordostbahn-Aktionäre ins hitzigste Feuer gebracht. — Der Abbruch der evangelischen Kirche geht rasch voran. Man hat dabei eine werthvolle Gedenktafel auf den Bischof Fugger, den Gründer der Kirche, gefunden, welche ganz eingemauert und dick übertüncht war. Sie besteht aus Glockenguß und ist durch Vergoldungen verziert. Vertragsmäßig bleibt sie Eigenthum der Kirchengemeinde.

Vermischte Nachrichten.

— Frankfurt, 2. März. (Frkf. Bl.) Das Frankfurter Komitee für Schleswig-Holstein hat gestern Abend beschlossen, weitere 15,000 fl. an den Zentralausschuß abzuliefern. Davon sind 6000 fl. zur freien Verfügung des Ausschusses; 1200 fl. aber laut ausdrücklichen Vorbehalts der Geber für Nothleidende bestimmt, denen auch der Ertrag des Damenbazars mit 7800 fl. zu Gute kommen soll. Im Ganzen sind nunmehr von hier 27,000 fl. an den Zentralausschuß abgegeben worden.

— Das offiziöse Brüsseler „Echo du Parlement" bringt über die preußischen Präzisionswaffen Mittheilungen, die, wie es hinzufügt, von Fachmännern herrühren, welche den Operationen der deutschen Armee beigewohnt haben. Die Sache hat für Belgien das besondere Interesse, daß die belgischen Kanonen neuerdings nach preußischem System umgewandelt worden. „Man habe", heißt es im Eingang der Mittheilung des offiziösen belgischen Blattes, „den preußischen Kanonen hauptsächlich ihre allzu große Umständlichkeit für den Felddienst vorgeworfen. Dies sei durch die Erfahrung von Grund aus widerlegt, obgleich die Probe unter den ungünstigsten Umständen gemacht worden, bei scheußlichem Wetter, welches die zu bekämpfenden Hindernisse, wie solche seit dem Krimkrieg nicht vorhanden gewesen, noch bedeutend erschweren mußte. Der Marschall v. Wrangel solle gezogene Stücke von schwerem Kaliber aus Berlin verlangt haben, um gegen die Düppeler Schanzen vorzugehen; aber gerade das Gegentheil sei wahr: der Marschall habe die angebotene Sendung schwerer Kanonen verweigert, weil seine aus gezogenen 12-, 6- und 4-Pfündern bestehende Artillerie als völlig ausreichend für alle Bedürfnisse des Feldzugs erkannt worden sei." Nach einigen Worten über die Ursachen, weßhalb die österreichische Artillerie nicht nach demselben System eingerichtet worden, fährt der Artikel also fort: „Die Oesterreicher haben übrigens die Vorzüge der preußischen gezogenen Kanonen vor denen des französischen Systems selbst eingesehen, indem sie in dem Gefecht bei Ober-Selk und Königsberg Kanonen von ihren Verbündeten sich erbeten haben, um die dänische Artillerie zum Schweigen zu bringen. Das Aufgeben des Dannewirke hat die Benützung dieser Stücke verhindert. Die Gefechte von Eckernförde und Ekensund haben die große Macht und die außerordentliche Präzision der preußischen gezogenen 12-Pfünder bewährt. Freilich haben diese Stücke nicht ausgereicht, um die dänischen Panzerschiffe in Grund zu bohren; aber es wird Keinem beifallen, daß man mit Wurfgeschossen dieses Kalibers $4^1/_2$-zöllige Eisenplatten habe durchbohren wollen. Durch die Präzision der Schüsse hat man die Schiffe gezwungen, das Weite zu suchen, und dieses allein zu verhoffende Resultat ist in ganz kurzer Zeit erreicht worden. Die Trefflichkeit der preußischen gezogenen Kanonen ist heute so gut anerkannt, daß die russische Regierung, welche sich derselben Anfangs nur für ihre Festungs- und Standartillerie bediente, sie nunmehr auch für den Felddienst eingeführt hat. Augenblicklich wird in der Krupp'schen Fabrik eine erste Bestellung von 100 gezogenen 4-Pfündern aus Gußstahl nach preußischem System für die genannte Regierung ausgeführt."

Schleswig-Holstein.

I. Elfte Veröffentlichung des Kassenbestandes der freiwilligen, unbedingten patriotischen Gaben.

Einnahme. 23. Febr. Sendung vom Bezirksausschuß Triberg von Triberg und Nusbach, darunter 16 fl. für verkaufte Flugblätter 40 fl. 17 kr.; Sendung vom Bezirksausschuß Ueberlingen 75 fl.

24. Febr. Sendung von Hrn. Pfarrer Habermehl in Lohrbach, Sammlung in der Gemeinde Lohrbach, Amts Mosbach, 70 fl.

27. Febr. Sendung vom Bezirksausschuß Neckarbischofsheim 150 fl.; Sendung vom Bezirksausschuß Wertheim, 3. Sendung, 300 fl.

28. Febr. Sendung vom Bezirksausschuß Sinsheim aus Sinsheim, Eschelbronn und Rohrbach, darunter 16 fl. von Sinsheimer Frauen und Jungfrauen, 82 fl. 18 kr.

29. Febr. Sendung vom Bezirksausschuß Villingen für die durch den Krieg nothleidenden Schleswiger 459 fl. 3 kr.; Sendung vom Bezirksausschuß Neustadt im Schwarzwald, 4. Sendung, 180 fl.; Sendung vom Bezirksausschuß Bruchsal 600 fl.

1. März. Vom Bezirksausschuß Müllheim für die durch die Noth des Krieges bedrängten Schleswiger 500 fl.

2. März. Sendung vom Bezirksausschuß Schopfheim pro Febr. 270 fl. 6 kr., Erlös von Freiburger Flugblättern Nr. 1. 18 fl. 16 kr., Erlös von Freiburger Flugblättern Nr. 2. 16 fl. 57 kr., zus. 305 fl. 19 kr.; von der Bezirkskasse Karlsruhe, 13. Ablieferung, laut Karlsruher Tagblatt Nr. 62, 111 fl. 30 kr.; Summe 2873 fl. 27 kr.; wofür Quittung. Hiezu Einnahme laut unserer 10. Veröffentlichung vom 22. v. M. 73,659 fl. 33 kr. Gesammteinnahme bis heute 76,533 fl.

Ausgabe. 2. März. Sendungen laut unserer letzten Veröffentlichung vom 22. v. M. 70,500 fl.

II. Schleswig-holsteinische freiwillige Anleihe.

Zehnte Uebersicht des Kassenbestandes.

Einnahme. 2. März. Laut unserer Veröffentlichung vom 22. v. M. 12,000 Thlr.

Ausgabe. 26. Febr. Versendet wurden an den Bezirksausschuß Pforzheim 110 Thlr., welcher Betrag heute an die Koburg-Gotha'sche Kreditgesellschaft in Koburg remittirt wurde. Hiezu Ausgabe laut unserer 9. Veröffentlichung vom 22. v. M. 4670 Thlr.; Gesammtausgabe bis heute 4780 Thlr.

Schuldscheine des schleswig-holsteinischen freiwilligen Anlehens in Stücken von 5, 10 und 50 Thlr. können gegen baare Einsendung des Gegenwerths von Unterzeichnetem von Jedermann bezogen werden.

Sämmtliche badische Blätter werden um Aufnahme dieser Bekanntmachung ersucht.

Karlsruhe, 2. März 1864. Die Zentralkasse des bad. Landesausschusses für Schleswig-Holstein. Ed. Koelle.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,33'''	+ 1,0	S.W.	schw. bew.	dunstig, Reif
Mittags 2 „	„ 8,37'''	+ 8,2	„	stark „	Sonnenbl., kühl
Nachts 9 „	„ 8,40'''	+ 6,0	„	ganz „	trüb, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 4. März. 1. Quartal. 33. Abonnementsvorstellung. **König Enzio**; Oper in 4 Akten, von Abert.

Sonntag 6. März. 1. Quartal. 34. Abonnementsvorstellung. **Götz von Berlichingen**; Schauspiel in 5 Akten, von Göthe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.f.440. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betreffen.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Anlehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 31. März d. J. stattfindenden **73.** Gewinnziehung Theil nehmen:

Serie-Nr. 232. 330. 372. 673. 881. 1060. 1214. 1349. 1417. 1634. 1770. 1806. 2028. 2278. 2339. 2628. 2962. 3129. 3492. 3497. 3577. 3726. 3852. 3950. 4041. 4189. 4376. 4427. 4459. 4586. 4734. 4933. 4959. 5055. 5262. 5265. 5282. 5325. 5602. 5714. 5774. 5844. 6036. 6423. 6776. 7436. 7504. 7571. 7921. 7961.

Dies wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

Harrer.

Z.f.433. **(Karlsruhe.)**

Literarische Anzeige.

Bis gegen Ende dieses Monats wird im Selbstverlage des Verfassers in der Hofbuchdruckerei von W. Hasper dahier erscheinen:

Alphabetisches Verzeichniss

aller gegenwärtigen

Hof-, Kirchen-, Militär- und Staatsdiener und Rechtsanwälte,

nebst Angabe

ihrer Beförderungen, Versetzungen, Ehrenauszeichnungen 2c. vom Tage ihrer Rezeption oder ihres Eintritts in ein Staatsamt oder diesem gleichgestellten Dienste an bis auf gegenwärtige Zeit,

mit Anhang:

Verzeichnisse von Praktikanten, Vikaren, Privatdozenten 2c. enthaltend.

Da die Auflage des Werkes eine geringe ist, so wird hiemit Gelegenheit geboten, noch bis zum 31. März d. J. durch Unterschrift und Einsendung eines Bestellzettels an die W. Hasper'sche Hofbuchdruckerei dahier oder die Herder'sche Verlagsbuchhandlung in Freiburg oder den unterzeichneten Herausgeber dahier sich ein Exemplar zu sichern. Den auswärtigen Bestellern wird das Buch unter Postnachnahme alsbald zugehen. — **Subskriptionspreis 1 fl.;** der Ladenpreis wird ein erhöhter sein.

Heinrich Roys in Karlsruhe.

Z.f.438. Im **J. C. Hinrichs**'schen Verlage zu Leipzig erscheint vom Januar 1864 an und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** durch die **A. Geßner**'sche Buchhandlung:

Handbuch der

Geographie und Statistik

begründet durch

Dr. **C. G. D. Stein** u. Dr. **Ferd. Hörschelmann**

neu bearbeitet unter Mitwirkung mehrerer Gelehrten

von

Prof. Dr. J. E. Wappäus.

Siebente Auflage ergänzt bis auf die neueste Zeit.

Zweites Abonnement in 48 Halbmonats-Lieferungen à 54 kr.

Das Werk kann aber auch in 10 Abtheilungen bezogen werden, von welchen 5 bereits fertig vorliegen, 3 im Laufe der nächsten Monate und 2 später fertig werden.

Alle während des Druckes entstandenen Veränderungen werden in Nachträgen Berücksichtigung finden, auch haben wir Sorge getragen, daß genau gearbeitete Inhaltsübersichten und Register zu jeder Abtheilung den Gebrauch des Ganzen erleichtern.

Die bedeutendsten Statistiker und Geographen haben an dem Werke mitgearbeitet, dessen Reichhaltigkeit und Vollständigkeit von keinem ähnlichen übertroffen wird.

Prospekte und 1. Lieferung liegen in allen Buchhandlungen zur Ansicht aus, Lieferung 2 und folgende werden nur auf feste Bestellung geliefert.

Höhere Lehranstalten

Z.f.321. zu

Oberstein a./Nahe.

Für obige Anstalten, welche unter Leitung des Unterzeichneten bestehen und vom Staate einen Zuschuß genießen, wird unter vortheilhaften Bedingungen ein tüchtiger Lehrer des Zeichnens, Malens, Modellirens und Gravirens, welcher sogleich nach Ostern d. J. eintreten kann, gesucht.

Meldungen, denen Zeugnisse und Probearbeiten beizufügen sind, werden recht bald **franko** erbeten von dem Vorsteher

Dr. Schmid, ev. Pfarrer.

Z.f.442. Baden.

Köchingesuch.

Eine gute Köchin, mit herrschaftlichen Zeugnissen versehen, von gesetzterem Alter, wird zu einer Herrschaft nach Baden gesucht.

Der Eintritt ist auf den 15. dieses Monats. Guter Lohn, nebst guter Behandlung wird zugesichert.

Das Nähere ertheilt Frau **Diebold**, Kommissionärin in Baden, wohnhaft im Löwen-Baldreit.

Bauführerstelle.

Z.f.341. Für einen im Hochbaufache vollkommen tüchtigen Bauführer ist unter vortheilhaften Bedingungen bei einer größern Bauausführung in Basel eine Stelle offen. Bewerbungen, mit Attesten begleitet, sind unter Chiffre B. G. an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Offene Lehrlingsstelle.

Z.f.205. Ein wohlerzogener junger Mann, welcher Lust hat, die Konditorei zu erlernen, findet unter annehmbaren Bedingungen sogleich oder auf Ostern eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.b.827.

Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Diese Anstalt hat sich im Jahr 1863 wiederum sehr günstiger Geschäftsergebnisse zu erfreuen gehabt. Durch einen reichen Zugang an neuen Versicherungen (1683 Personen mit 3,715,600 Thlr.), welcher größer war, als in irgend einem der frühern Jahre, ist

die Zahl der Versicherten auf 25,370 Pers.,
die Versicherungssumme auf 43,150,000 Thlr.,
der Bankfond auf etwa 12,000,000 Thlr.

gestiegen.

Eine Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von über 2,000,000 Thlr. gestattete eine Zahlung von 1,048,400 Thlr. für 571 gestorbene Versicherte und läßt, nach gehöriger Ausstattung der Reserve, noch einen bedeutenden reinen Ueberschuß mit Aussicht auf abermalige reichliche Dividende für die Versicherten übrig.

In diesen und den nächsten vier Jahren werden über

Zwei Millionen Thaler

vorhandene reine Ueberschüsse an die Versicherten vertheilt; was für 1864 eine Dividende von

37 Prozent

und für 1865 und 1866 eine solche von je **38** Prozent ergibt.

Unter Verweisung auf jene hohen materiellen Garantien und die durch die regelmäßigen Dividenden gewährte nachhaltige Billigkeit der Versicherungskosten laden zur Versicherung ein

Bernhard Schweig in **Karlsruhe**,
L. Sonntag in **Baden-Baden**,
J. F. Kieser in **Buchen**,
Rentbeamter **G. A. Braun** in **Constanz**,
F. X. Huber in **Donaueschingen**,
Stift.-Sekret. **Xav. Siefert** in **Freiburg i. B.**,
Louis Spitzer in **Heidelberg**,
Notar **Fr. Lochert** in **Lahr**,
Rabus & Stoll in **Mannheim**,
Heinr. Helfrich in **Mosbach a. N.**,
Alfred Bazoche in **Offenburg**,
C. E. Rohreck in **Pforzheim**,
Buchhändler **H. Zimmermann** in **Waldshut**,
Friedr. Louis Kissel in **Weinheim**,
Heinr. May in **Wertheim**.

Z.f.345. Steinbach bei Bühl.

Uhrmacher-Gesuch.

Zwei tüchtige Uhrmachergehilfen finden gleich dauernde Kondition bei Uhrmacher **Steiert** in Steinbach bei Bühl.

Z.f.293. Bühl (Stadt).

Uhrmacher-Gehilfen,

zwei gewandte, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei **O. B.** in Bühl (Stadt).

Stellegesuch.

Z.f.351. Ein junger Mann, der seine Lehre in einem Eisen-, Kolonial-, Kurz- und Glaswaaren-Geschäft bestanden, daselbst 1/2 Jahr als Kommis servirte und seit 2 1/2 Jahren in andern Geschäften thätig ist, wünscht in einem ähnlichen Geschäfte als Kommis oder Reisender placirt zu werden. Gute Zeugnisse stehen denselben zur Seite. Franko Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.362. Suttgart.

Möbelwagen- u. Geschäftsverkauf.

Wegen Krankheit sind zwei große, in sehr gutem Zustand befindliche Möbelwagen unter günstigen Bedingungen dem Verkauf ausgesetzt; der Käufer hat zugleich den Vortheil, daß er sogleich einige verakkordirte Züge übernehmen kann, und sonstige zum Geschäft gehörige Erleichterungen an die Hand gegeben werden. Nähere Auskunft ertheilt das öffentliche Kommissionsbureau von

J. G. Ruth, Rothebühlstraße 44, 3 Treppen hoch.

Z.f.385. Durlach.

Empfehlung

von eisernen feuerfesten und einbruchsichern Kassen zur Aufbewahrung von Geld und Werthpapieren, sowie auch von feuerfesten Schreibtischen und Chatoullen, mit doppeltem sicherm Verschluß in allen Größen zu den billigsten Preisen.

Ich habe mir durch langjährigen Aufenthalt in den ersten Kassenfabriken in Wien vollkommene Kenntniß in der Konstruktion eiserner Kassen erworben, und bin dadurch im Stande, etwas Vorzügliches zu liefern.

Max Schroth,
Schlossermeister in Durlach.

Zu verkaufen

eine große Parthie **trockene** 2zöllige Nußbaumdielen bei **Ch. Ottinel** in **Heidelberg.** Z.f.394.

Waarengeschäfts-Verkauf.

Z.f.317. In einem sehr gewerbreichen Städtchen des bad. Schwarzwaldes ist ein gut eingerichtetes, gemischtes Waarengeschäft, nebst einem schönen zweistöckigen Wohnhaus, sammt Oekonomiegebäude, Familienverhältnisse wegen zu verkaufen.

Das ganze Geschäft, wobei eine sehr reelle Kundschaft verknüpft ist, erweist einen Umsatz von 30,000 fl. per Jahr.

Näheres ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Z.c.911. Etzenroth.

Liegenschafts-Versteigerung.

Aus der Gantmasse des Hirschwirths Bernhard Schick von Etzenroth werden am

Mittwoch den 6. April d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Rathhause daselbst folgende Liegenschaften öffentlich versteigert, als:

1) Ein einstöckiges Wohnhaus mit dem Realwirthschaftsrecht zum Hirsch, nebst Hofraithe, einer besonders stehenden Scheuer und Stallung 2c.;
2) 2 Viertel 32 Ruthen Gras- und Gemüsegarten bei dem Hause, oben im Ort Etzenroth gelegen.

Diese Liegenschaften bilden ein zusammenhängendes Ganze und sind angeschlagen zu . . . . . 2500 fl.

Der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Ettlingen, am 1. März 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
Süß.

Z.f.420. Staufen.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen die städtische Wasserleitung mit gußeisenen Röhren zu erneuern, und bedürfen hiezu

Röhren von 5 bis 1,5 Zoll Durchmesser mit einem Gewicht von 55,000 Pfd.

Verbindungsschrauben von 5 bis 3,5 Linien Durchmesser mit einem Gewicht von 1200 Pfd.

Bleischeiben von 2,5 bis 1,5 Linien Stärke mit einem Gewicht von 400 Pfd.

Schieberhahnen für Röhren von 5,3 u. 1,5" Durchmesser und gußeisene Hahnen mit Messing-Conus für Röhren von 3, 2 u. 1,5 Zoll Durchmesser, ca. 12 Stück.

Indem wir dieses bekannt geben, laden wir Uebernahmslustige mit dem Bemerken ein, daß die Bedingnisse 2c. bei uns eingesehen werden können, und die Angebote längstens bis zum 12. März d. J. einzureichen sind.

Staufen, den 1. März 1864.

Der Gemeinderath.
Burstert.

Z.f.431. Nr. 148. Odenheim, O.A. Bruchsal. (Eichenrinden-Versteigerung.) In den diesseitigen Domänenwalddistrikten XIII. Forst, Schläge Nr. 19, 20 bei Odenheim, und XVIII. Hub und Peterswald, Schläge Nr. 15, 16 bei Langenbrücken, wird Samstag den 12. März d. J. das Rindenergebniß, geschätzt zu 2000 Gebund, s. g. Mittelrinde, versteigert. Die Verhandlung beginnt Mittags 11 Uhr in den zuletzt genannten Schlägen. Odenheim, den 1. März 1864. Großh. bad. Bezirksforstei. Köhler.

Z.f.441. St. Leon. (Holzversteigerung.) Dienstag den 8. März 1864, Morgens 9 Uhr, versteigern wir im Lamm zu Kirrlach aus den Schlägen Gerstenschoren und Hühnerlächel 8 starke Buchstämme, 196 Klftr. buchene, 7 Klftr. eichene, 2 Klftr. gemischte Scheiter, 34 Klftr. buchene, 5 Klftr. gemischte, 3/4 Klftr. forlene Prügel, 90 Klftr. Stockholz, 6100 Stück Wellen.

St. Leon, den 1. März 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Schabinger.

Z.c.918. Nr. 3435. Mannheim. (Fahndung.) Heute wurde auf dem durch das Zurücktreten des Rheines trocken gelegten Vorlande, ungefähr 300 Schritte von der Trajektanstalt entfernt, eine stark in Fäulniß übergegangene Leiche eines vor etwa 2 Monaten gebornen, reifen und entwickelten Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden; die Leiche lag in einem Weidenkörbchen von ovaler Form, 1' 3" lang, 9" breit, 4" hoch, in demselben befand sich eine dicke Lage von Watt bis an seinen obern Rand, und um diesen war ein Stück alte Leinwand mit Stechgarn angenäht.

Wir bitten um Fahndung auf die Mutter des Kindes.

Mannheim, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

Mayer, A. j.

Z.c.927. Nr. 1004. Salem. (Fahndung.) Ein Angehöriger im diesseitigen Bezirk hat in der letzten Zeit, wahrscheinlich auf dem Markte zu Markdorf, ein Schweizer-Doppelfrankenstück eingenommen, welches aus Blei gegossen und offenbar falsch ist. Dasselbe hat die Jahrzahl 1862.

Wir bitten um Fahndung.

Salem, den 27. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Stetten.

Z.c.924. Nr. 848. Meßkirch. (Aufforderung.) Adolf Schürer, Kutscher von Mundelkingen, des Betrugs zum Nachtheil des Sattlers Flach dahier angeschuldigt, wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zur Einvernahme zu stellen, widrigenfalls das Urtheil nach dem Ergebnisse der Untersuchung gefällt werden würde.

Meßkirch, den 1. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Junghanns.

Z.c.921. Nr. 861. Pfullendorf. (Aufforderung.) Leonhard Serempus von Wintersulgen ist eines Betrugs, im Betrage von 4 fl. 40 kr., zum Nachtheil des Ignaz Sauter von Unterweiler angeschuldigt, und wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden. Zugleich bitten wir, den Angeschuldigten auf Betreten gefänglich an uns abliefern zu lassen.

Pfullendorf, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Pfaff.

Z.c.922. Nr. 2906. Waldshut. (Fahndungszurücknahme.) Die Fahndung auf den ledigen Schneider Richard Albert von Riedern (Karlsruher Zeitung Nr. 40) wird zurückgenommen. Waldshut, den 25. Februar 1864. Großh. bad. Amtsgericht.
v. Wänker.

Z.c.917. Nr. 2415. Breisach. (Erkenntniß.) Da Albert Baumann von Burkheim und August Billigheimer von Breisach der diesseitigen Aufforderung vom 4. Januar d. J., Nr. 269, keine Folge gegeben haben, so werden dieselben des Staats- und Ortsbürgerrechts verlustig erklärt und als Refraktäre in Geldstrafen von je 800 fl. verfällt; zugleich hat Jeder die Hälfte der Kosten zu tragen.

Breisach, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Schindler.

Z.f.446. Nr. 1624. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Bäcker Ludwig Weiß von Linkenheim beabsichtigt, mit seiner Familie nach Nordamerika auszuwandern. Etwaige Forderungen sind in der Schuldenliquidations-Tagfahrt am

Montag den 14. März d. J.,
Vorm. 11 Uhr,

dahier anzumelden.

Karlsruhe, den 27. Februar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Bausch.

vdt. Schäfer.

Z.f.445. Nr. 1625. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Johann Friedrich Erhardt von Linkenheim will mit seiner Familie nach Amerika auswandern. Etwaige Forderungen an diesen sind am

Montag den 14. März d. J.,
Vorm. 11 Uhr,

dahier anzumelden.

Karlsruhe, den 27. Februar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Bausch.

vdt. Schäfer.

Frankfurt, 2. März 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	5% Obligation.	101 5/8 P.
"	5% do. in holl. St.	— —	"	4% dto.	99 3/4 P.
"	5% do. 1852 in Lst.	— —	"	3 1/2% dto.	— —
"	5% do. 1859 " "	76 3/4 P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101 7/8 P.
"	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	"	4 1/2% dto.	101 5/8 G
"	5% Venet. C. b. R. 6/7	78 1/2 G.	"	4% dto.	99 3/8 P.
"	5% Nat.-Anl. 1854	64 5/8 G.	"	3 1/2% dto.	92 P.
"	5% Met.-Obligat.	59 P.	Brschw.	3 1/2% O. b. R. à 105	91 1/2 P.
"	5% do. 1852 C. b. R.	59 P.	Lrdg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90 1/4 G.
"	4 1/2% Met.-Oblig.	51 1/4 G.	Frankf.	3 1/2% Obligation.	98 1/8 G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	"	3% dto.	91 1/2 P.
"	4 1/2% do.	100 1/2 P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	87 P.
"	4% do.	95 P.	Finnl.	4 1/2% Obl. i. R. à 105	85 P.
"	3 1/2% Staatsch.	88 3/4 G.	Span.	3% inl. Schuld	49 1/4 P.
Bayern	4 1/2% 1jährig.	101 1/4 P.	"	2% Schuld	45 3/4 G.
"	4 1/2% 1/2jährig	101 7/8 G.	Belgien	4 1/2% O. i. Fr. à 28 kr.	100 P.
"	4% 1jährig	99 5/8 P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
"	4% 1/2jährig	99 3/8 P.	Schwd.	4 1/2% Obligation.	95 1/8 P.
"	4% Ablös.-Rente	99 1/2 P.	"	4 1/2% Pfbf. b. B. & E.	95 5/8 P.
"	3 1/2%	— —	Schwz.	4 1/2% E. O. Fr. à 28 f.	— —
Wrtbg.	4 1/2% Obl. b. Rth.	105 3/8 G.	"	4 1/2% Bern. St.-O.	101 5/8 G.
"	4% dto.	102 5/8 G.	"	4% dto.	— —
"	3 1/2% dto.	95 1/2 P.	"	5% Gf. St. O. Fr. 28	97 P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
"	3 1/2% dto. v. 1842	93 1/8 P.	"	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	115 1/2 P.
" 250 " " 1854	73 1/8 P.
" 100 " Pr. L. 1858	129 b. G.
" 500 " v. 1860 6/7	76 3/4 P.
3 1/2% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9 3/4 P.
Bad. 50-fl.-Loose	112 1/2 P.
" 35- " "	— —
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53 3/4 P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132 7/8 P.
" 25 " "	37 1/2 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 3/8 G.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60 1/4 P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33 G.
3% L. A. b. St. Brüff.	— —
2 1/2 Lütt. Pr. O. b. G.	35 1/2 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11 7/8 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	99 3/8 G.
Antwerpen	"	93 1/8 G.
Augsb. 24 fl. 100	"	99 7/8 B.
Berlin	"	105 G.
Bremen	"	96 5/8 B.
Brüssel	"	93 1/8 G.
Cöln	"	105 G.
Hamburg	"	88 1/2 G.
Leipzig	"	105 1/8 G.
London	"	118 1/8 B.
Maild. i. Fr. 200	"	92 5/8 G.
München	"	99 7/8 B.
Paris	"	93 5/8 B.
Wien	"	98 1/8 b. G.
Disconto		4% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138 3/4 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50 1/2 P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	758 G.	3% Oest. Sild. St. u. Lom. EB	50 3/8 P.
3% " Cred. A. i. O. W.	176 b.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	77 1/4 G.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72 1/8 P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	212 1/2 G.	5% Bbh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	82 1/2 P.
4% Weimar. Bank-Aktien	86 1/2 P.	4 1/2% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100 3/4 G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	93 G.	4% Oest. Elb. 1. Pr.-O. i. Silb.	78 3/4 G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5 " " 2. " "	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4 1/2% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102 3/4 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	328 G.	4% " " "	— —
3 1/2% Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4 1/2% Rhein-Naheb. Pr. O.	97 5/8 G.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 G.	4 1/2% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	107 1/2 G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25 3/4 P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	251 P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	137 3/4 G	Span. Cr. b. Pereire 70% "	— —
4 1/2% Pf. Mar-Esb.-A. b. R.	102 7/8 P.	4 1/2% Bayer. Ostb. 30% "	109 1/4 G.
4 1/2% Bayer. Ostbahn-Aktien	110 P.	3% Deutsch. Phönix 20% "	148 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125 5/8 P.	4% Frkf. Provident. 10% "	92 1/2 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% "	100 P.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39 1/2-40 1/2
Preuß. Frd'or.	"	9 55 1/2-56 1/2
Holl. fl. 10 St.	"	9 44 1/2-45 1/2
Rand-Ducat.	"	5 33 -34
20-Frankenst.	"	9 20 -21
Engl. Sover.	"	11 44 -48
Gold pr. 3pfd.	"	803 -8
Hh. Silb. p. 3pfd.	"	52 6 -36
Preuß. Cassch.	"	1 44 7/8-45 1/8
Doll. in Gold	"	2 26 1/2-27 1/2

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.